

Foto: iStock



# Ärztliches Misstrauen

In einem Interview mit dem Sender 1FLTV äusserte die Ärztekammer ihren Unmut über die «**unsozialen**»

**Methoden** des Krankenkassenverbands. Text: Michael Winkler

**R**uth Kranz-Candrian und Stefan Rüdisser nahmen vergangene Woche für ein Interview bei 1FLTV Platz. Darin wurde vor allem die Praxis der Leistungsaufschübe massiv kritisiert. Der Krankenkassenverband würde auf «sozial Schwache schiessen». Viele könnten «schlicht und einfach die Prämien nicht mehr bezahlen», stellt der Geschäftsführer der Ärztekammer fest. «Wir haben mittlerweile x Fälle, die sich die Behandlung nicht mehr leisten können», ergänzt Kranz-Candrian. Das Ministerium würde behaupten, dass sich die Prämienzahler eher Handys und Ferien finanzieren, anstatt Prämien zu bezahlen, laute der Vorwurf.

## «Sie wünschen, wir spielen!»

«Personen mit geringem Haushaltseinkommen erhalten Unterstützung und darin sind die Kosten für Prämien und Franchisen enthalten. Die Kassen verhängen einen Leistungsaufschub nicht einfach ohne Vorwarnung, sondern mahnen zwei Mal und zeigen sich Gesprächsbereit», erklärt Gesellschaftsminister Mauro Pedrazzini auf Anfrage. «In vielen Fällen kann eine Lösung mittels einer Abzahlungsvereinbarung gefunden werden.» Es gebe aber Versicherte, welche beim Geldausgeben andere Prioritäten setzten und in den letzten Jahren die Erfahrung gemacht hät-

ten, dass das Nichtbezahlen von Krankenkassenrechnungen in der Praxis folgenlos bleibe.

Bestehe für die Kassen ein Problem, das sie nicht auf einfache Weise beheben könnten, passe die Regierung einfach eine Verordnung an, lautet ein weiterer Vorwurf der Ärztekammer. «Es scheint eine Standleitung zwischen Kassen und Ministerium zu bestehen. Sie wünschen, wir spielen», sagt Rüdisser. «Dem Ministerium sind die Interessen der Prämienzahler wichtig. Diese decken sich oft mit den Bedürfnissen der Kassen», erklärt der Gesundheitsminister.

## Streit-Wahrscheinlichkeit kleiner als vor einem Jahr

Den ganzen Diskussionen zum Trotz hoffen alle Beteiligten darauf, dass Ende des Jahres nicht wieder eine Krise eintritt, wie sie um die Verordnung des KVG entstanden ist. «Die Bedarfsplanung wurde im Einvernehmen zwischen den Verbänden erstellt und von der Regierung genehmigt. Für mich spricht derzeit alles dafür, dass sich die Vertragspartner nun auch auf konkrete Verträge einigen können. Die Wahrscheinlichkeit eines Streits ist meines Erachtens geringer als letztes Jahr, denn im nächsten Jahr sind keine Wahlen geplant», erklärt der Gesundheitsminister.



**Elfried Hasler**  
Landtagsabgeordneter FBP

Erst im Jahr 2011 ist nach langen Vorarbeiten eine Totalrevision des Steuergesetzes in Kraft getreten. Seither hat das neue Steuergesetz eine ganze Reihe weiterer wesentlicher Anpassungen erfahren. Grund dafür war in erster Linie die dringend notwendige Sanierung des Staatshaushaltes, aber auch die Korrektur verschiedener Schwachstellen des neuen Steuergesetzes.

## Erhöhungen sind abzulehnen „

Während «Normalbürger» bei diesen Steueränderungen im Wesentlichen mit höheren Motorfahrzeugsteuern und der Aufhebung des Steuerfreibetrages auf Pensionskassenrenten mit rund 2,5 Mio. Franken zur Kasse gebeten wurden, führte die grosse Mehrheit der Gesetzesänderungen zu substantiellen Steuererhöhungen von weit über 50 Mio. Franken für Vermögende und Unternehmen.

Die Sanierungsmassnahmen der letzten Jahre zeigen Wirkung. Die staatlichen Reserven und jene der Gemeinden erreichen 2017 einen neuen historischen Rekordwert und die Finanzplanung lässt bis 2021 gar einen weiteren Zuwachs der Staatsreserven auf rund 1,8 Mia. Franken erwarten. Weitere Steuererhöhungen auf Vorrat, wie sie die Freie Liste fordert, sind daher abzulehnen.